

Stand: 04.02.2026 14:07:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2092

"Angriffe auf Personen des politischen Lebens schärfer bestrafen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2092 vom 08.05.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3120 des VF vom 20.06.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 28 vom 26.09.2024
4. Beschluss des Plenums 19/3851 vom 05.11.2024
5. Plenarprotokoll Nr. 32 vom 05.11.2024



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm, Christoph Maier und Fraktion (AfD)**

Angriffe auf Personen des politischen Lebens schärfer bestrafen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, tätliche Angriffe auf Politiker schärfer zu bestrafen und die Strafverfolgung zu optimieren.

Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass auch im Hinblick auf tätliche Angriffe auf Personen des politischen Lebens eine strafschärfende Qualifikation geschaffen wird, die der erhöhten Gefährdung von Politikern in der Öffentlichkeit sowie der erhöhten kriminellen Energie der Täter Rechnung trägt,
2. sich auf allen Ebenen für eine Optimierung der Ermittlungsansätze einzusetzen, um politisch motivierte Taten künftig besser aufzuklären und vor allem auch die kriminellen und extremistischen Strukturen dahinter aufzudecken zu können,
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Straftatbestand der gemeinschädlichen Sachbeschädigung nach § 304 Strafgesetzbuch (StGB) um das Merkmal „Gegenstände, welche der politischen Wahlwerbung dienen“ ergänzt wird.

Begründung:

Nach dem Überfall auf den sächsischen Europaabgeordneten der SPD, Matthias Ecke, sowie auf einen Wahlkampfhelfer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden ist das Entsetzen über diese Vorfälle groß und es wurde ein besserer Schutz von Politikern und ein hartes Durchgreifen gegen die Täter gefordert.

Politiker sind nicht selten, bildlich gesprochen, der „Blitzableiter“, der den gesamten Frust und die Verärgerung über „die da oben“ abbekommt, oder sie sind Opfer des vergifteten gesellschaftspolitischen Klimas. Die notwendigerweise exponierte Position von Personen des politischen Lebens macht sie damit zu einer häufig gewählten Angriffsfläche. Gerade in den letzten Jahren gab es zahlreiche tätliche Angriffe auf Politiker. Die meisten Angriffe waren hierbei gegen Politiker der AfD gerichtet.

Bei den Gewaltdelikten waren es im Vergleich zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bis zu viermal so viele, wie die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion der AfD, BT-Drs. 20/10027, ergab.¹ In Anlehnung an den eher misslungenen § 188 StGB sollte auf die erhöhte Gefahr für Personen des politischen Lebens, Opfer eines Gewaltdelikts zu werden, mit Mitteln des Strafrechts reagiert werden.

Besonders gefährdeten Personengruppen lässt das Strafrecht auch besonderen Schutz zukommen. Diese Art von Gesetzgebungstechnik und Rechtsgüterschutz ist dem StGB nicht (mehr) fremd. So werden z. B. auch in den §§ 114, 115 StGB (Tätilicher Angriff auf

¹ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – BT-Drs. 20/10027 – Angriffe auf Politiker, Parteibüros und Wahlplakate bis einschließlich 2023

Vollstreckungsbeamte bzw. auf Personen, die Vollstreckungsbeamten gleichstehen) bestimmte Berufsgruppen herausgegriffen und qualifiziert vor Taten im Sinne der §§ 223, 240 StGB geschützt. Dies geschieht mit der Begründung, dass sie einerseits aufgrund ihres beruflichen Wirkens in der Öffentlichkeit bzw. aufgrund ihres besonders „offenen“ Auftretens schneller und häufiger zur Zielscheibe von Gewaltdelikten werden und ihnen andererseits aufgrund ihrer wichtigen Aufgaben „Respekt und Wertschätzung“ entgegengebracht werden sollten. Eine strafsschärfende Qualifikation für tätliche Angriffe auf Personen des politischen Lebens könnte damit vergleichbar sein.

Dementsprechend sollte Bayern weiter für eine konsequente Sanktionierung von politisch motivierten Straftaten gegen Personen des politischen Lebens eintreten und sich für eine angemessene Strafschärfung einsetzen. Auch bei der Ermittlung der Täter könnte noch eine Optimierung erfolgen, damit auch Straftaten wie z. B. der Angriff auf Tino Chrupalla (AfD) in Ingolstadt oder gegen Andreas Jurca (AfD) in Augsburg aufgeklärt und bestraft werden können. Häufig stellen auch Wahlplakate oder Parteibüros beliebte Angriffsobjekte dar. Aufgrund des Verfassungsstatus von Parteien (Art. 21 Grundgesetz) und der besonderen Bedeutung für das demokratische Geschehen, verdienen die Mittel der Präsentation und der Werbung ebenfalls einen besonderen Schutz. Die Beschädigung von Gegenständen zur demokratischen Willensbildung bedürfen daher ebenfalls einer Strafschärfung durch Aufnahme als objektives Tatbestandsmerkmal in den § 304 StGB, der gemeinschädlichen Sachbeschädigung.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 19/2092

Angriffe auf Personen des politischen Lebens schärfster bestrafen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Rene Dierkes**
Mitberichterstatter: **Martin Stock**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 20. Juni 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verordnung und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über eine Verordnung und die nicht einzeln
zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verordnung

1. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung gemäß Art. 2 Satz 1 der Landkreisordnung zum Entwurf
einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung der
Namen der Landkreise und der Sitze der Kreisverwaltungen
Drs. 19/2019, 19/2833 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaanpassung und besserer Tierschutz –
Änderung der Jagdzeiten auf Rehwild jetzt!
Drs. 19/1846, 19/3111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sachstand Windkraftplanung in den Planungsregionen Drs. 19/1847, 19/3112 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

4. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD) Risiken des forcierten Windkraftausbaus auf den Grund gehen: Umweltbelastungen durch den Betrieb von Windenergieanlagen offenlegen Drs. 19/1896, 19/2971 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Qualitätssicherung in der Lehrerbildung – Anrechnungsstunden für Seminarlehrkräfte und Zentrale Fachleiterinnen und Fachleiter ausbauen! Drs. 19/1975, 19/3090 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Akzeptanz der erneuerbaren Energien stärken und Wertschöpfung vor Ort schaffen
Drs. 19/1979, 19/3113 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zu Bauen im Bestand
Drs. 19/1982, 19/3073 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Florian Köhler u.a. AfD
Berichtsantrag zu den Perspektiven des Anlagenbestands im Bereich Biogas und Biomethan nach Ablauf der EEG-Förderung
Drs. 19/2040, 19/3114 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bericht zur Umsetzung von digitalen Datenregistern, KI und Blockchain in der bayerischen Verwaltung
Drs. 19/2079, 19/3115 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Stand und Zukunft der bayerischen Erdgasinfrastruktur und der leitungsgebundenen kommunalen Wärmeversorgung
Drs. 19/2080, 19/3116 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Perspektiven und Herausforderungen der bayerischen Lufttaxi- und Lieferdrohnenbranche
Drs. 19/2083, 19/3290 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Angriffe auf Personen des politischen Lebens schärfster bestrafen
Drs. 19/2092, 19/3120 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Übernahmefristen im Dublin-Verfahren streichen – Das Asylchaos innerhalb der EU beenden
Drs. 19/2093, 19/3121 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Geschäftsverteilungspläne der Gerichte im Internet veröffentlichen
Drs. 19/2096, 19/3122 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Getreidewirtschaft in Bayern und Deutschland schützen – Zollfreiheiten für ukrainische Agrarprodukte beenden
Drs. 19/2105, 19/2989 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler u.a. SPD
Einführung eines Ombudschaftswesens in der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern
Drs. 19/2111, 19/3271 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler u.a. SPD
Für eine inklusive Lösung – Bericht zum Umsetzungsstand der SGB VIII-Reform in Bayern
Drs. 19/2112, 19/3273 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen I:
Gesamtstrategie Unterrichtsqualität
Drs. 19/2186, 19/3091 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen II:
Lehrkräftebildung weiterentwickeln
Drs. 19/2187, 19/3092 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting,
Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen III:
Digitalisierung klug umsetzen
Drs. 19/2188, 19/3093 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig,
Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen IV:
Entbürokratisierung an Schulen
Drs. 19/2189, 19/3094 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

22. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig,
Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen V:
Integration stärken
Drs. 19/2190, 19/3095 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Norbert Dünkel, Thomas Huber,
Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a.
und Fraktion (SPD)
Wiedereinsetzung eines „Wissenschaftlichen Beirats Inklusion“
Drs. 19/2225, 19/3096 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Raus aus dem Tabu und mehr Selbstbestimmung:
Aufklärung über Fehlgeburten!
Drs. 19/2227, 19/3101 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Florian von Brunn u.a. SPD
Verpflichtender KZ-Gedenkstättenbesuch für alle
Schülerinnen und Schüler während der Schullaufbahn
Drs. 19/2229, 19/3097 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann u.a. SPD
Gestaffelter Mutterschutz bei Fehlgeburten
Drs. 19/2255, 19/3274 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Ergänzung des § 130 StGB und Strafbarkeit des Verunglimpfens
des deutschen Volkes
Drs. 19/2257, 19/3123 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umweltfreundliche Reitböden in Bayern sicherstellen
Drs. 19/2302, 19/2972 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Queeren Aktionsplan ernst nehmen – Koalition gegen Diskriminierung jetzt beitreten!
Drs. 19/2303, 19/3275 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD Sternenkinder – Rechte der Eltern stärken und Forschung ausweiten
Drs. 19/2310, 19/3102 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Stichschutzwesten auf Versammlungen zulassen
Drs. 19/2336, 19/3124 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

32. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Kostenlose Rundfunk-Hotline schaffen!
Drs. 19/2344, 19/3109 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Anpassung der Kostenregelung im Strafprozess
Drs. 19/2357, 19/3125 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Alexander Flierl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität beschleunigen
Drs. 19/2360, 19/3291 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

35. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zur Sicherung des Chemiestandorts Bayern
Drs. 19/2363, 19/3292 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

36. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)
Auswirkungen des Verbots des Tötens männlicher Küken
Drs. 19/2410, 19/3279 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

37. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Keine weiteren Zuschüsse für Kirchentage aus Landes- und Bundesmitteln
Drs. 19/2413, 19/3254 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

38. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Kriminalstatistik transparenter gestalten –
Mehrfachstaatsangehörigkeiten erfassen!
Drs. 19/2414, 19/3262 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zeitgemäß: Einführung eines digitalen Jagdscheines jetzt umsetzen
Drs. 19/2435, 19/3117 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Balkonkraftwerke retten!
Einspruch zum Normenentwurf VDE V 0126-95:2024-06
Drs. 19/2436, 19/3118 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunen nicht im Stich lassen –
Erfolgsmodell „Kooperativer Ganztag“ weiter fördern!
Drs. 19/2437, 19/3277 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stromnetze voll auslasten – Netzinfrastruktur besser nutzen
Drs. 19/2453, 19/3293 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erweiterung des Pegelnetzes für den Hochwassernachrichtendienst
Drs. 19/2456, 19/2973 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

44. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Rechte und Gleichstellung von LGBTIQIA+-Personen in der EU vorantreiben
Drs. 19/2460, 19/2990 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

45. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. SPD
Schnelle und transparente Umsetzung des Startchancen-Programms an Bayerns Schulen
Drs. 19/2461, 19/3098 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------	-------------------------------------	--------------------------

46. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Würdigung, Anerkennung und Wertschätzung für die Gastarbeitergeneration
Drs. 19/2463, 19/3285 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

47. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hüting, Prof. Dr. Winfried Bausback, Konrad Baur u.a. CSU
Beachtung der Sprachsensibilität in Berufsabschlussprüfungen
Drs. 19/2485, 19/3099 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

48. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. SPD
Bayerischer Veteranentag
Drs. 19/2486, 19/2991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über Ergebnisse des Gutachtens zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Einrichtungen
Drs. 19/2537, 19/3103 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunen nicht im Regen stehen lassen: Bayern gegen Naturgefahren endlich fit machen – gute Informationsgrundlagen für alle schaffen!
Drs. 19/2526, 19/3288 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sepsisüberlebende bei der Nachsorge nicht allein lassen - Sepsislotsinnen und Sepsisloten in Bayern etablieren
Drs. 19/2538, 19/3104 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stellschrauben für bezahlbares Bauen in der Bayerischen Bauordnung anziehen
Drs. 19/2563, 19/3072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

53. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Aufklärung und Prävention von Gewalt im Kreißsaal
Drs. 19/2564, 19/3105 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

54. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Biobanken in Bayern – Herausforderungen und Optimierungspotenziale
Drs. 19/2565, 19/3106 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

55. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU Digitalisierungsmaßnahmen zur Entbürokratisierung der Leichenschau
Drs. 19/2580, 19/3107 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Sabine Gross u.a. SPD
Bayern vor Afrikanischer Schweinepest schützen – jetzt Aufklärungs- und Präventionskampagne starten
Drs. 19/2581, 19/2974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

57. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Betriebe im Radon-Vorsorgegebiet Wunsiedel i. Fichtelgebirge unterstützen
Drs. 19/2582, 19/2975 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

58. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Intergenerationelle Projekte zum Schutz der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Bayern
Drs. 19/2586, 19/3278 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

59. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Selbstbestimmte Geburt – Sensibilisierung für die Problematik von Gewalterfahrungen unter der Geburt vorantreiben
Drs. 19/2614, 19/3108 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

60. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Modernisierungsmaßnahmen in der bayerischen Landwirtschaft
Drs. 19/2622, 19/3280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

61. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Hochwasserhilfen für landwirtschaftliche Betriebe erhöhen!
Drs. 19/2632, 19/3281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

62. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Grenzwertwahn beenden! – NOx-Emissenten neu bewerten!
Drs. 19/2648, 19/3287 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

63. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Stärkung der Notfallvorsorge in Gesundheitseinrichtungen
Drs. 19/2650, 19/3284 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

64. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Intelligentes Wassermanagement statt neuer Steuer – Förderprogramm für Regenwassernutzungsanlagen auflegen!
Drs. 19/2653, 19/3270 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

65. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Bock auf Demokratie – Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!
Drs. 19/2660, 19/3253 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

66. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Hochwasser-Soforthilfe ausweiten: Betroffene brauchen Unterstützung
Drs. 19/2661, 19/3272 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

67. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Dr. Stefan Ebner, Andreas Kaufmann u.a. CSU Jägern den Zugang zu Wasserstoffperoxid mit einer Konzentration von über 12 Prozent wieder ermöglichen
Drs. 19/2662, 19/3294 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

68. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
„Made in Bavaria“: Zertifikat gegen die geplante Obsoleszenz einführen!
Drs. 19/2663, 19/2998 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

69. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fachkräftemangel durch Ausbildung bekämpfen:
Praktikumsprämie für Schülerinnen und Schüler
Drs. 19/2669, 19/3295 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

70. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Strafvollzug entlasten und Resozialisierung stärken –
Für kurz vor der Entlassung stehende Gefangene eine „Weihnachtsamnestie“ Ende 2024 ermöglichen
Drs. 19/2670, 19/3286 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

71. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verantwortung übernehmen – mehr bioregionales Essen in staatlichen Kantinen
Drs. 19/2672, 19/3282 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

72. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aufhebung des Erdkabelzwangs bei den neu geplanten HGÜ-Leitungen
Drs. 19/2673, 19/3296 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

73. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Starkregenvorsorge in Bayern
Drs. 19/2675, 19/2999 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

74. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stand der Hitzeaktionsplanung in Bayern
Drs. 19/2678, 19/3000 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

75. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
Sicherheit für bayerische Polizeibeamte erhöhen – Anschaffung von stichsicheren Schutzwesten flächendeckend durchsetzen!
Drs. 19/2719, 19/3261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

76. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schlachtstättensterben – rechtzeitig Lösungen entwickeln
Drs. 19/2726, 19/3283 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm, Christoph Maier und Fraktion (AfD)

Drs. 19/2092, 19/3120

Angriffe auf Personen des politischen Lebens schärfer bestrafen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Rene Dierkes

Abg. Florian von Brunn

Abg. Martin Stock

Abg. Toni Schuberl

Abg. Martin Huber

Abg. Martin Scharf

Abg. Horst Arnold

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Angriffe auf Personen des politischen Lebens schärfer bestrafen (Drs. 19/2092)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Als erstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Dierkes von der AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Rene Dierkes (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Heute geht es um die Sicherheit – nicht nur von uns Politikern, sondern auch von hunderttausend ehrenamtlichen Wahlkampfhelfern. Heute können Sie zeigen, dass Sie das Konzept der wehrhaften Demokratie wahrhaft verstanden haben, indem Sie unseren Antrag unterstützen, mit dem wir Angriffe auf politische Personen unter höhere Strafen stellen wollen.

(Beifall bei der AfD)

Die Anzahl der Gewalttaten gegen Politiker und auch gegen Wahlkampfhelper ist in den letzten Jahren rapide gestiegen, die Gewalttaten gehen längst über rein verbale Äußerungen hinaus und münden nicht selten in längeren Krankenhausaufenthalten für die Betroffenen. Natürlich ist die Regierung mit ihrem umfangreichen Personenschutz dahin gehend sehr verwöhnt, genauso wie es auch SPD und GRÜNE lange Zeit waren, die ihre Antifa-Schlägertruppen bei allerlei Veranstaltungen stets bei sich führen.

Allerdings möchte ich Ihnen einige Beispiele aus den letzten Wochen nennen, die zeigen, wie frappierend politische Gewalt wirkt: Am letzten Wochenende wurde die Ver-

anstaltungshalle unseres Landesparteitages in Schleswig-Holstein mit Säure attackiert.

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigen Sie, ganz kurz: Bitte etwas mehr Ruhe! – Danke.

Rene Dierkes (AfD): Im Juni wurde der jetzt auf die Bundestagsliste gewählte AfD-Kandidat in Mannheim mit einem Messer angegriffen. Im Mai wurde ein AfD-Politiker mit einem Aschenbecher verletzt. Ganz zu schweigen von etlichen weiteren Angriffen und Attacken auf Privathäuser, Familienmitglieder und Fahrzeuge unserer Parteifreunde. Und wer sind die Täter? – Sie sind meist aus dem linksextremistischen Milieu. Und was sind die Strafen, sofern die Täter überhaupt ermittelt werden? – Sie sind meist sehr gering.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir als Mandatsträger sind die Herzkammer unseres Landes. Wir vertreten Menschen aus allen Schichten, egal ob aus Stadt oder Land. Wir sind angetreten, um für das deutsche Volk richtige und wegweisende Entscheidungen zu treffen – zumindest in der Theorie. Die immer stärkere Gefährdung von Menschen, die sich am politischen Diskurs beteiligen, ist nicht mehr hinzunehmen. Die kriminelle Energie, die in Planung und Anschlagsverübung investiert wird, übersteigt das Maß von Kavaliersdelikten deutlich. Man sollte diese Angriffe als das bezeichnen, was sie sind, nämlich als Verbrechen und als Terrorakte zur Einschüchterung politisch Andersdenkender.

(Beifall bei der AfD)

Vor allem die politische Linke hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Meinungsfreiheit, unser Volk und seine Identität zu vernichten. Ich erinnere etwa an den Mordanschlag auf unseren – –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigung, Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Rene Dierkes (AfD): Nein, lasse ich nicht. – Ich erinnere an den Mordanschlag auf unseren Bundesvorsitzenden Tino Chrupalla im letzten Jahr – die Ermittlungen wurden übrigens eingestellt – oder an die versuchten Hinrichtungen von Donald Trump auf offener Bühne. Linksextremismus ist und war kein rein nationales Phänomen, und es verwundert nicht, dass überall dort, wo selbsternannte Demokraten regieren, Mordanschläge auf Oppositionelle auf der Tagesordnung stehen.

Die Antwort auf eine Schriftliche Anfrage von mir im Mai 2024 zeigt, dass weit über 60 % aller Straftaten in den letzten Jahren von linker Seite begangen wurden. Wenn gleich eine lange Zeit alle Kriminalstatistiken und auch die Antwort auf unsere schriftlichen Fragen belegten, dass Veranstaltungen, Politiker und Helfer der AfD mit großem Abstand im politischen Spektrum das häufigste Ziel von Anschlägen waren, so möchte ich nicht unterschlagen, dass mittlerweile auch Veranstaltungen von GRÜNEN und SPD immer häufiger Ziel von Angriffen werden. Auch die Angriffe auf Wahlkampfplakate haben drastisch zugenommen. Das betrifft sogar alle Parteien.

Man sollte nun meinen, dass Sie jetzt, wo Sie selbst betroffen sind, Ihr demokratisches Gewissen entdecken und dass ein Umdenken einkehren sollte. Ein solches Umdenken begann auch bereits im Mai. Da gab es eine Konferenz der Landesinnenminister. Man kam sogar zu dem Ergebnis, dass der strafrechtliche Schutz von Politikern und Wahlkampfhelfern unzureichend sei. Doch leider ist diese Debatte wieder eingeschlafen, weil die Ampel in Berlin eben mit sich selbst beschäftigt ist.

Ein Lösungsvorschlag war es, eine dem § 102 des Strafgesetzbuchs ähnliche Vorschrift zu erlassen. Dieser stellt Stand jetzt einen Angriff auf Organe und Vertreter ausländischer Staaten unter Strafe, ohne dass dabei der konkrete Repräsentant verletzt werden muss. Das heißt, es handelt sich um ein Gefährdungsdelikt. Warum aber gilt

das nur für Vertreter ausländischer Staaten? Warum nicht auch deutsche Politiker und Wahlkampfhelper unter Schutz stellen, frage ich Sie, sehr geehrte Damen und Herren.

Es soll sich auch um kein Sonderstrafrecht zum Schutz von Politikern handeln. Wir haben bereits einen § 188, der die Verunglimpfung von Personen, die in der Öffentlichkeit stehen, unter Strafe stellt. Aber nicht nur im Bereich der Beleidigungsdelikte, sondern auch im Bereich der Delikte, die sich gegen Leib und Leben richten, muss Schutz her. So haben wir etwa auch einen Straftatbestand, der Vollstreckungsbeamte schützt. Damit verbunden ist einfach die höhere Gefährdungslage solcher Personen und damit auch der Gedanke der Generalprävention, der sich eins zu eins auch auf politische Akteure übertragen lässt.

Ich bitte daher, unserem Antrag zuzustimmen und damit auch wieder demokratische Rechtsstaatlichkeit einkehren zu lassen.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Florian von Brunn von der SPD-Fraktion vor. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Ich wollte Sie fragen, ob Sie diesen Antrag stellen, um davon abzulenken, dass heute ein Parteikumpan von Ihnen von Spezialeinsatzkräften verhaftet worden ist,

(Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

weil er offensichtlich der rechtsterroristischen Organisation "Sächsische Separatisten" angehört. Es handelt sich also um einen mutmaßlichen Rechtsterroristen, der Mitglied der AfD ist. Es soll sogar so gewesen sein,

(Zuruf von der AfD: Soll!)

berichtet "Der Spiegel", dass der Mann mit Waffengewalt gegen die Polizei vorgehen wollte. Deswegen haben die Sondereinsatzkommandos auch von der Schusswaffe Gebrauch machen müssen.

Ich frage mich dann schon, welches Ausmaß an Heuchelei die AfD hier im Bayerischen Landtag eigentlich noch bieten will, wenn Sie selbst solche Gestalten in Ihren Reihen haben.

(Beifall bei der SPD)

Rene Dierkes (AfD): Sehr geehrter Herr von Brunn, Ihre Kollegen im Bundestag beschäftigen teilweise Leute mit RAF-Hintergrund usw.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir können jetzt etliche weitere Beispiele aufführen. Hier im Hohen Haus sitzt jemand, der wegen Trunkenheit am Steuer und wegen fahrlässiger Tötung bestraft wurde; weitere wegen Betrugs.

(Zuruf von der AfD: Genau! – Beifall bei der AfD)

Deswegen lasse ich mich auf solche Diskussionen erst gar nicht ein.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Martin Stock für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Martin Stock (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste! Der vorliegende Antrag, "Angriffe auf Personen des politischen Lebens schärfer bestrafen", ist von einem klassischen Fehlschluss geleitet. Die Ursache für die Begründung dieses Antrags ist ja zunächst nicht von der Hand zu weisen. Nur ist die gewünschte Umsetzung schon längst erfolgt. Der Freistaat ist bereits auf allen Ebenen aktiv und der Antrag daher als untauglicher Versuch abzulehnen.

Zunächst: In der Tat erleben wir bundesweit eine Zunahme an politisch motivierten Straftaten und in der Folge auch tätliche Angriffe gegen in der Politik und für die Gesellschaft engagierte Menschen. Trotz ihres unverzichtbaren Beitrags zum gesellschaftlichen Leben werden Menschen, die für das Gemeinwohl tätig sind, immer wieder zum Ziel von Angriffen sowohl physischer als auch psychischer Natur.

Neben den individuellen Folgen für das Opfer können die Angriffe die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens gravierend beeinträchtigen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt erschüttern. Denn dort, wo für das Gemeinwohl tätige Personen zum Ziel von Aggressionen und Angriffen werden, steht zu befürchten, dass sie sich von solchen Tätigkeiten zurückziehen und auch andere Personen vor einem solchen Engagement zurückschrecken.

Die allgemein zu beobachtende Verrohung der Sprache, die aufgeheizte Stimmung in manchen Teilen der Bevölkerung, die sich dann im schlimmsten Fall Bahn bricht in Akten der verbalen und leider auch zunehmend tätlichen Gewalt gegen Personen des öffentlichen Lebens, hat ihren Ursprung aber auch darin, wie wir hier im Parlament uns verhalten, wie und vor allem was wir sagen, hier und auch draußen, auf Social Media. Wenn die Bühne hier vorne am Rednerpult nur noch missbraucht wird, um Hetztiraden loszuwerden, deren Best-of dann von der Social-Media-Abteilung auf 30 Sekunden gekürzt auf TikTok gestellt wird, so legt man doch selbst die Axt an den Baum, auf dem man sitzt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

Nach dem Grundsatz "Aktion gleich Reaktion" muss man sich dann auch nicht wundern. Nein, man nimmt es für den schnellen populistischen Wahlerfolg in Kauf, dass sich die Fronten immer weiter verhärten und der Sturm, den man gesät hat, sich am Ende gegen einen selbst wendet. Anstelle scheinheiligerweise solche Anträge zu stellen, wäre es zielführender, weil sachlich geboten, drei einfache Punkte zu beherzigen:

Punkt eins: Man sollte sich selbst hinterfragen. Es ist nie zu spät, damit anzufangen. Ich habe auch nach meinem ersten Jahrestag hier im Plenum die Hoffnung und den Glauben noch nicht verloren, dass es uns hier gelingen kann, wieder ohne hämische Zwischenrufe ernsthaft und von Sachargumenten geleitet zu debattieren und damit ein Vorbild für eine Diskussions- und Streitkultur abzugeben, die wir einmal hatten, bevor es manch einem nur noch darum ging, den Algorithmus von TikTok zu bespielen.

Punkt zwei: Wir sollten aktiv vorangehen und zügig handeln. Hier gibt es in Ihrem Antrag einen Fehlschluss. Er enthält eine durchaus richtige Zustandsbeschreibung, verschweigt und verkennt aber die wahren Ursachen. Deshalb kommen Sie zu einem völlig falschen Ergebnis. Wir müssen nicht die Staatsregierung auffordern, sich für härtere Strafen und mehr Schutz von Personen des öffentlichen Lebens einzusetzen. In Bayern werden Straftaten zum Nachteil von Mandatsträgern bereits konsequent verfolgt. Um Mandatsträgern den bestmöglichen Schutz zu bieten, hat das Staatsministerium des Innern gemeinsam mit dem Staatsministerium der Justiz bereits im Jahr 2020 ein umfassendes Maßnahmenpaket erarbeitet, das fortlaufend überprüft und bei Bedarf optimiert wird. Einer Aufforderung durch den Landtag bedarf es hierfür nicht.

Das gilt im Übrigen auch für die geforderte Ergänzung des § 304 StGB, bei der es um Gegenstände geht, die der politischen Wahlwerbung dienen. Die vorgeschlagene Änderung ist abzulehnen; denn sie würde dazu führen, dass auch die Beschädigung eines einzelnen Wahlplakats oder eines bloßen Flyers als gemeinschädliche Sachbeschädigung einzuordnen wäre. Das wäre sachwidrig. Die Vorschriften über die Sachbeschädigung bieten für solche Fälle einen ausreichenden und angemessenen Schutz.

Seien Sie sich dessen bewusst: Unsere bayerische Polizei bekämpft Straftaten zum Nachteil von Mandatsträgern unter Ausschöpfung aller rechtlich möglichen und tak-tisch gebotenen Maßnahmen. Die professionelle Bearbeitung von politisch motivierten

Straftaten ist durch die grundsätzliche Zuständigkeit der Staatsschutz-Dienststellen der bayerischen Polizei gewährleistet.

Zu Punkt drei, dem letzten Punkt: Nach dem Hinterfragen von sich selbst und dem aktiven Handeln sollten wir es auch besser machen, wo dies nötig ist. Auch das tun wir. Täliche Angriffe auf Mandatsträger sind bereits nach geltendem Recht strafbewehrt. Zur Verbesserung des Schutzes auch ehrenamtlicher kommunaler Mandatsträger hat der Bundesrat auf eine Gesetzesinitiative der Bayerischen Staatsregierung hin Ende 2023 ein Gesetz in den Bundestag eingebracht, wonach die grundlegende und für alle Straftaten gleichermaßen geltende Regelung zur Strafzumessung nach § 46 StGB dahin gehend ergänzt werden soll, dass strafverschärfend berücksichtigt werden soll, wenn die Tat geeignet ist, das gemeinnützige Engagement des Geschädigten nicht unerheblich zu beeinträchtigen.

Meine Damen und Herren, ich war selbst fünf Jahre lang Richter an einer großen Strafkammer und weiß, dass oftmals nicht der Strafrahmen ein Problem für die konkrete Rechtsfolgenanwendung darstellt. Vielmehr sind es die Faktoren der Strafzumessung, die sauber angewendet werden müssen, die strafverschärfenden und die strafmildernden Merkmale, die den vorgegebenen und so gut wie immer ausreichenden Strafrahmen füllen. Hier geben wir unseren Rechtsanwendern ein weiteres scharfes Schwert an die Hand, um im konkreten Einzelfall eine höhere Strafe gut und vor allem rechtssicher begründen zu können. Die Initiative setzt zugleich im Lichte der aktuellen Entwicklungen ein klares Zeichen gegen gemeinwohlschädliche und demokratiefeindliche Straftaten.

Zudem wird gegenüber denjenigen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, der Rückhalt und die ausdrückliche Anerkennung des Staates für ihre Tätigkeit zum Ausdruck gebracht und ein klares Signal an Täter und potenzielle Täter entsprechender Delikte gesendet.

Wir haben im Freistaat aber nicht nur unsere Mandatsträger und die politisch Verantwortlichen im Blick, uns geht es insgesamt um die Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften. Gerade hier ist eine untragbare und nicht hinzunehmende Gewalt gegen unsere Nothelfer zu beobachten. Aus diesem Grunde stärken wir denjenigen, die unserem Gemeinwohl täglich dienen, den Rücken, indem wir über das Justizministerium einen Beschlussvorschlag eingebracht haben, den Schutz aller gesellschaftlich engagierten Bürgerinnen und Bürger vor tätlichen Angriffen und Behinderungen ihres Engagements zu verbessern. Beide Gesetzesvorhaben wurden von Bayern initiiert und werden derzeit im Bundestag in Erster Lesung behandelt. Wir unterstützen ausdrücklich beide Gesetzesvorhaben.

Alle genannten Verantwortungsträger aus Politik, Rettungsdiensten und Gesellschaft tragen durch ihren Dienst, sei er hauptberuflich oder im Ehrenamt, zur Funktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft bei. Angriffe auf sie, während ihres Dienstes oder in Bezug auf ihren Dienst, richten sich im Regelfall nicht gegen sie als Individualperson, sondern gegen ihre Rolle als Vertreter staatlicher Gewalt oder als Helfer in Notlagen. Solche Angriffe und deren Folgen sind sowohl für die betroffenen Personen als auch für die Gesellschaft schwerwiegend. Jeder dieser Angriffe ist ein Angriff auf die staatliche Autorität, gegen das Gewaltmonopol und damit letztlich gegen uns alle. Diese Angriffe verdienen Entschiedenheit und konsequente Härte als Antwort einer wehrhaften und resilienten Gesellschaft.

Um diese Antwort war, ist und wird der Freistaat Bayern nie verlegen sein. Wir schützen unsere Verantwortungsträger und stehen auf allen Ebenen an deren Seite, als Impulsgeber in Berlin, in unserem Freistaat und insbesondere vor Ort. Sie leisten eine großartige Tätigkeit für unser Gemeinwohl.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Toni Schuberl für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD schürt Gewalt und Chaos. Und nun will die AfD Angriffe auf Personen des politischen Lebens schärfer bestrafen. Wie scheinheilig! Ich erinnere an den Mord an Walter Lübcke. Der Möder hat erst Wahlplakate für die AfD aufgehängt, hörte sich die hasserfüllte Rhetorik der AfD an und hat dann diesen verdienten CDU-Politiker ermordet. Ein Vertreter der AfD-Fraktion hier im Bayerischen Landtag hat sich beim Gedenken an Walter Lübcke demonstrativ nicht erhoben. Heute gibt es in Ihrer Fraktion deutlich mehr Leute, bei denen ich davon ausgehe, dass sie sich ebenfalls nicht erheben würden.

(Katrín Ebner-Steiner (AfD): Lüge!)

Das Jahr 2024 ist noch nicht vorbei, doch wir steuern auf eine Verdopplung der Angriffe auf Politikerinnen und Politiker im Vergleich zum Jahr 2019 zu. Eine kleine Auswahl aus der ersten Jahreshälfte: Im Januar bedrohte ein wütender Mob Wirtschaftsminister Robert Habeck.

(Beifall bei der AfD)

– Haben Sie jetzt geklatscht?

(Benjamin Nolte (AfD): Ja! – Volkmar Halbleib (SPD): Da sieht man, wes Geistes Kind Sie sind!)

– Okay. – Im Februar wurde auf das Haus des SPD-Politikers Michael Müller ein Brandanschlag verübt und vor dem Wahlkreisbüro des GRÜNEN-Politikers Sebastian Striegel ein Grabstein aufgestellt. Im März wurde der GRÜNEN-Politiker Béla Mokrys angegriffen. Im April wurden Männer angegriffen, die Wahlplakate der GRÜNEN aufgehängt haben. Im Mai kam es zu gewalttätigen Angriffen gegen die GRÜNEN-Politiker Rolf Fliß und Kai Gehring, die SPD-Politiker Matthias Ecke und Franziska Giffey sowie gegen den AfD-Politiker Holger Kühnlenz. Im Juni gab es einen Angriff gegen den AfD-Politiker Hans-Jürgen Zickler.

Für all diese Angriffe ist auch die feindselige Rhetorik der AfD verantwortlich. Sie rufen direkt und indirekt zu Gewalt auf. Einige Beispiele aus diesem Landtag: Christoph Maier hat im Verfassungsausschuss mit Konsequenzen gedroht, wenn die AfD einmal an der Macht wäre. Martin Böhm möchte Abgeordnete anderer Fraktionen im Landtag wie Karnickeln den Genickschlag verpassen. AfD-Abgeordnete im Parlament werfen anderen Fraktionen ständig vor, Stasi, Sozialisten, Faschisten, Öko-Faschisten, Öko-Sozialisten usw. zu sein. Sie behaupten, es würde eine sozialistische, faschistische oder totalitäre Diktatur errichtet. Sie verwenden die Begriffe, wie Sie sie gerade brauchen. Sie bezeichnen uns als "Volksverräter" und drohen uns mit Konsequenzen. Dabei wird auf gefährliche Verschwörungserzählungen zurückgegriffen und Abscheuliches behauptet.

Aus internen Chats und russischen Strategiepapieren wissen wir, dass dahinter Kalkül steckt. Sie wollen Chaos, und Sie wollen Gewalt, weil Sie wissen, dass der Rechtsstaat Ihnen Ihre menschenverachtende Politik nie erlauben würde. Als Demokraten stehen wir gegen Ihre Destabilisierungsversuche; sie werden nicht erfolgreich sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen gerade im Stil eine Besinnung auf Werte. Das erwarten wir auch von der Söder-CSU. – Jetzt ist er gegangen; gerade war er noch da. – Herr Söder, Lügen über politische Mitbewerber zu verbreiten, ist eigentlich der Stil der AfD und einer Volkspar-
tei nicht würdig. Scharfe Kritik ist natürlich legitim. Davon hat sich aber der Minister-
präsident schon lange verabschiedet. Wir brauchen eine CSU mit Anstand, Haltung
und einem Wertekompass. Diese CSU scheint mit Markus Söder sehr weit ent-
fernt. Daher können wir nur auf die Besinnung der anderen Parteimitglieder hoffen.
Halten wir Demokraten zusammen,

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie haben ja gerade gezeigt, wie Sie zusam-
menhalten! Unglaublich!)

schützen wir unsere Demokratie, und sorgen wir wieder für eine gute politische Kultur in unserem Land! Eine Strafmaßverschärfung brauchen wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Huber von der AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

Martin Huber (AfD): Herr Kollege, erstens einmal schürt keiner von der AfD Gewalt. Wir sind gegen jegliche Gewalt, und ich genauso. Jetzt rede ich einmal von meiner Person. Sie können uns das wirklich vorwerfen, aber das stimmt in keiner Weise; aber ich sage noch einmal: Das hat nichts mit der Parteizugehörigkeit zu tun.

Draußen passiert immer mehr Gewalt, und ich kann Ihnen ein Beispiel nennen: Zwei über 70-jährige Leute haben ein Plakat aufgehängt. Dann sind sie von Jugendlichen geschlagen worden. Sie haben das dann angezeigt. Da hat die Polizei gesagt: Ihr seid selber schuld, weil ihr das vor dem Jugendzentrum aufgehängt habt. – Ich sage es noch einmal: Wir lehnen jegliche Gewalt ab. Da gibt es auch nichts zu relativieren. Sie werfen uns vor, wir schürten Hass oder Gewalt. Im Gegenteil: Die meisten Politiker und Helfer, die angegriffen werden, sind AfDler. Das ist das Fadenscheinige, was Sie hier im Hause sagen. Sie malen ein ganz anderes Bild von uns. Ich bin gegen jegliche Gewalt, und die AfD-Politiker hier im Hause genauso. Das finde ich richtig schäbig, was ihr da macht, weil ihr fachlich nichts dagegenzuhalten habt. Genau so sieht es aus.

(Beifall bei der AfD)

Toni Schuberl (GRÜNE): Ich bin seit sechs Jahren in diesem Landtag, und seit sechs Jahren ist die AfD-Fraktion in diesem Landtag. Bei fast jeder einzelnen Rede, die hier von Ihnen gehalten wird, schüren Sie Hass und hetzen Sie.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie hetzen gegen Minderheiten. Sie hetzen gegen Menschen, die einfach nicht Ihrem Menschenbild entsprechen. Das wirkt sich auf der Straße aus.

(Widerspruch des Abgeordneten Matthias Vogler (AfD))

– Ich habe von Ihnen noch nie gehört, dass Sie sich distanzieren. Haben Sie sich davon distanziert, dass uns "Karnickeln der verdiente Nackenschlag versetzt" werden soll?

(Widerspruch des Abgeordneten Martin Huber (AfD))

Ist denn das gegen Gewalt? Sind Sie da gegen Gewalt? Wann haben Sie sich denn davon distanziert? – Ich habe davon nichts gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Martin Scharf für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Martin Scharf (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Bei mir wird es ein bisschen ruhiger. Die AfD fordert mit ihrem Antrag eine Verschärfung des Strafrechts, um politische Akteure und ihre Wahlhelfer besser zu schützen. Es wird argumentiert, dass Angriffe auf politische Personen und deren Unterstützer zugenommen haben und ein besonderer Schutz notwendig sei. Dabei wird im Antrag insbesondere auf Angriffe auf AfD-Politiker verwiesen und gefordert, dass politische Personen ähnlich wie in den Paragraphen 114 und 115 des Strafgesetzbuches genannte Berufsgruppen unter besonderen Schutz gestellt werden sollen.

Dieser Antrag ist jedoch aus mehreren Gründen abzulehnen. Zwar ist die Zunahme an Angriffen auf politisch aktive Personen besorgniserregend, doch unser Strafrecht bietet bereits jetzt ausreichende Mittel, um solche Taten zu ahnden und zu verfolgen. Angriffe auf Politiker und auch auf die Wahlplakate sind bereits strafbar, und die Bayrische Staatsregierung hat zusätzliche Maßnahmen ergriffen, um politisch Engagierte

besser zu schützen. Martin Stock hat es erwähnt. Die Verschärfung bei der Strafzumessung gemäß § 46 StGB ist ein wichtiger Schritt.

Das, was die AfD hier fordert, führt jedoch in die falsche Richtung. So wäre es überzogen, Beschädigungen von Wahlplakaten oder Flyern als gemeinschädliche Sachbeschädigung zu werten, wie sie im § 304 StGB normiert ist. Wahlplakate sollten nicht wie Kulturgüter oder Denkmäler behandelt werden. Ein solcher Schutz würde jeder kleinen Beschädigung unverhältnismäßiges Gewicht verleihen, ohne dass ein tatsächlicher Mehrwert für die politische Kultur entstünde. Außerdem bleibt im Antrag unklar, wer genau unter den Begriff "Personen des politischen Lebens" fällt. Gilt das nur für Berufspolitiker oder auch für Ehrenamtliche?

Ein zentraler Punkt, der völlig außer Acht gelassen wird, ist, dass härtere Strafen die gesellschaftliche Polarisierung und Enthemmung kaum verringern. Um diese zu bekämpfen, brauchen wir politische Bildung und den Dialog, nicht härtere Gesetze. Leider trägt, wie schon mehrmals vorgetragen wurde, die AfD mit ihrer eigenen Rhetorik oft zur Verrohung des Diskurses bei und schürt damit Konflikte, statt sie zu lösen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab und setzen uns für ein respektvolles Miteinander ein, das ohne unnötige Strafverschärfung und zusätzliche Bürokratie auskommt. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, das politische Klima zu verbessern und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft einzutreten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Horst Arnold für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag kommt so daher, als ob eine Strafverschärfung die Lösung eines Problems ist, das wesentlich tiefer röhrt; aber ich sage Ihnen in aller Sachlichkeit einmal eines: Als Rechtsanwender bringt uns dieser Antrag gar nichts; denn Personen des politischen Lebens sind alle, die sich dauerhaft oder auf kurze Zeit in die Diskussion

einbringen, sodass wir in dem Zusammenhang gar nichts damit erreichen, außer dass Sie Ihr Thema möglicherweise so unbestimmt und inkompetent abgreifen, wie das bei Ihnen eigentlich Gepflogenheit ist. Ich kann nichts damit anfangen, wenn ein Anschlag verübt oder eine Person des öffentlichen Lebens beleidigt oder verletzt wird, weil ich nicht weiß, welches Motiv dahintersteht. Im Prinzip sind wir ein demokratischer Rechtsstaat: Wir wollen, dass sich jeder am politischen Leben beteiligt, und damit wäre das eine Strafverschärfung, die ins Nichts geht. Deswegen ist es, ganz klar zu markieren, blander Populismus, der nichts an den Ursachen macht, sondern die Folgen herausstellt, um sich als Law-and-Order-Politikerin oder -Politiker darzustellen, aber nichts konkret dazu beiträgt, eine Lösung herbeizuführen.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Aspekt ist, dass sich nach dem Anschlag die Innenministerkonferenz im Mai zusammengesetzt hat und insoweit auch klar war: Alle Justizminister in diesem Land bemühen sich darum, sinnvolle Strafverschärfungen bundesweit zu thematisieren und abzustimmen. Das geht nicht einfach dadurch, indem man den Strafrahmen erhöht, sondern indem man die Bestimmtheit von Verhaltensweisen so genau konkretisiert, dass diejenigen, die sich danebenbenehmen, die sich strafrechtlich relevant verhalten, haftbar gemacht werden. Das kann man über Ihren Antrag nicht sagen.

(Beifall bei der SPD)

Weil wir, leider Gottes, in der Politik leider allzu häufig einem gewissen Reflexaktionismus unterliegen, sage ich Ihnen eines: Sie glauben, mit der Erhöhung des Strafrahmens abschreckende Wirkung zu erzielen. Das ist schon lange verfehlt. Das ist eine Politik von vorvorgestern, von Ihnen, von der AfD. Wir lehnen den Antrag ab, weil wir eine moderne, flexible, atmende Rechtspolitik machen wollen, bei der alle notwendigen Belange zur Sprache kommen.

Notfalls muss auch die Anwendung des jetzigen Gesetzes durch die jeweiligen Verwaltungen gesichert sein. Daran müssen wir arbeiten. Das ist eine Sache, die der

bayerische Staatshaushalt machen kann. Wir sind in einigen Bereichen weit voran: Wir haben bei der Staatsanwaltschaft entsprechende Stellen geschaffen; aber das heißt doch noch lange nicht, dass man deswegen den Strafrahmen in dieser Art und Weise verschärfen muss. Wir lehnen das ab.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzugeben. – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Antrag abgelehnt.